

Umsetzung von MEDIA@Komm im Bundesland Bremen

Zur Umsetzung des MEDIA@Komm-Projektes Bremen wurde im Herbst 1999 eigens die bremen-online-services GmbH & Co. KG gegründet. Der Bremer-Online-Service stellt dem Bürger, aber auch Architekten, Rechtsanwälten und anderen so genannten „Mittlern“, Dienstleistungen sowohl der öffentlichen Verwaltung als auch privater Dienstleister zur Verfügung. Die Dienstleistungen werden über das Internet über die Adresse www.bremer-online-service.de offeriert. Die Rechtssicherheit wird, soweit erforderlich, durch eine signaturgesetzkonforme elektronische Signatur gewährleistet.

Als Übertragungsprotokoll für die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger wird OSCI (Online Service Computer Interface) benutzt. Die Geschäftsprozesse öffentlicher und privater Dienstleister wurden im Bremer Konzept nicht nach Behördenzuständigkeiten, sondern nach Lebenslagen zusammengefasst (z.B. Umzug, Studium, Bau eines Hauses, Freizeit usw.).

Informationstechnisch werden die Dienstleistungen über eine zentrale Plattform realisiert, die von der bremen online services GmbH & Co. KG (bos) als sogenannter Intermediär betrieben wird (siehe Referenzanwendung „Governikus“)

Hauptsächliche Funktionen der OSCI-Plattform

- Bereitstellung von Formularen auf einem Formularserver;
- Zielgerichtete Weiterleitung der verschlüsselten und in der Regel gemäß Signaturgesetz (SigG) signierten Formularinhalte in Form von OSCI-Nachrichten an den Empfänger;
- Authentisierung der OSCI-Nachricht anhand des Absenderzertifikats;
- Generierung eines sogenannten Laufzettels, auf dem Auftragsinformationen protokolliert werden;
- Zahlungsabwicklung von Dienstleistungen (bos vergibt im Auftrag der Landeshauptkasse Bremen Kassenzeichen und schickt diese per OSCI an den Bürger);
- Einfügung von Bezahlinformationen in den Laufzettel der OSCI-Nachricht.

Realisierte Anwendungen im bremer-online-service

- Mahnverfahren

Zum 1. Oktober 2001 wurde in Bremen das bereits in zahlreichen Bundesländern praktizierte automatisierte gerichtliche Mahnverfahren eingeführt. Mit ProfiMahn ist z.B. den Rechtsanwälten die Möglichkeit gegeben, mit einer Mahnsoftware erstellte Mahndatensätze per Internet an das Amtsgericht Bremen zu schicken und Mitteilungen des Amtsgerichts aus einem für den Benutzer eingerichteten elektronischen Postfach abzuholen.

- Bauamt

Beim Bau oder Umbau eines Hauses müssen zahlreiche Anträge an das zuständige Bauamt gestellt werden. Über die Plattform des bremen-online-service lassen sich die erforderlichen Formulare und Anträge direkt am PC oder nach dem Ausdrucken ausfüllen. Verschiedene Anträge lassen sich sofort nach dem Ausfüllen über das Internet an das zuständige Amt verschicken. Dort wo der direkte Weg über das Internet noch nicht realisiert ist, wird das Formular per Post dem zuständigen Amt zugestellt. Zusätzlich werden Informationen zum Thema Bauen, wie Gesetzestexte oder Förderprogramme über Links im Angebot des bremen-online-service den Bürgern zur Verfügung gestellt.

- Standesamt

Das Standesamt Bremen bietet über den bremen-online-service den Bürgern die Möglichkeit, diverse Ausfertigungen und Urkunden online anzufordern (z.B. Heiratsurkunde, Geburtsurkunde, Abschriften aus dem Familienbuch); geschieht dies mit einer Signaturkarte (qualifizierte Signatur) werden die Dokumente an die angegebene Adresse versandt, ansonsten müssen die Dokumente persönlich beim Standesamt abgeholt werden. Integriert in das Angebot des Standesamtes ist eine Online-Bezahlungsmöglichkeit.

- **Stadtwerke**

Die Stadtwerke Bremen (swb Enordia) haben über den bremen-online-service unterschiedliche Dienstleistungen realisiert und stellen diese den Bürgerinnen und Bürgern online zur Verfügung. Folgende Dienstleistungen sind zum jetzigen Zeitpunkt realisiert:

- Ab- / Anmeldung bei Wohnungseinzug bzw. –auszug,
- Mitteilung des Zählerstandes für die Jahresabrechnung,
- Mitteilung der Bankverbindung,
- Erteilung einer Einzugsermächtigung.

Technische Lösungen der rechtlichen Anforderungen

Aus den rechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen für die dargestellten Anwendungen verschiedenste Anforderungen an ihre technische Lösung. Das Modul Governikus wird allen Anforderungen mit eigens für das eGovernment entwickelten Bausteinen, wie z.B. Signatur, Transport und Sicherheit, gerecht. Der Aufbau der Software orientiert sich streng an dem OSCI-Kommunikationsmodell und zentralisiert z.B. die aufwändige Prüfung des Signaturzertifikats des Bürgers. Daneben ermöglicht Governikus eine Abwicklung der genannten Anwendungen auch unter Beachtung datenschutzspezifischer Anforderungen. Durch eine Drei-Schichten-Architektur praktiziert es vor allem die strikte Trennung von „Nutzungs- und Inhaltsdaten“ (Prinzip des „doppelten Umschlags“) für den Vorgang der Datenübermittlung. Diese Trennung schützt die sensiblen und datenschutzrechtlich besonders relevanten Inhaltsdaten vor einem unbefugten Zugriff während der Datenübertragung, welche typischerweise in „Offenen Netzen“ stattfindet. Durch die konsequente Trennung von Nutzungs- und Inhaltsdaten ist es bei Verwendung des Governikus-Moduls insbesondere auch möglich, eGovernment-Dienste über Intermediäre (z.B. zentrale Kommunikations- oder Post-Stellen) zu betreiben und gleichwohl datenschutzrechtlichen Grundsätzen wie z.B. der informationellen Gewaltenteilung, Datensparsamkeit und Datenabschottung bestmöglich zu entsprechen. Denn Zugang zu den Inhaltsdaten erhält nur der Adressat des Dokuments. Die Möglichkeit einer darüber hinausgehenden Kenntnisnahme von Inhaltsdaten in den zu durchlaufenden Transportebenen wird vermieden. Der Intermediär überprüft die Signatur des Dokuments und übernimmt die Verteilung in das Back-Office, hierfür besteht für ihn jedoch nur eine Zugriffsmöglichkeiten auf relevante Transportdaten („äußerer Umschlag“ des Dokuments).

Datenschutzrechtliche Bewertung:

Die Governikus-Software gewährleistet die Rechtsverbindlichkeit eines Dokuments sowie die Beachtung von Datenschutz und Datensicherheit. Insbesondere durch das „Prinzip des doppelten Umschlags“ werden sensible Daten vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt und hierdurch den datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprochen. Gerade an der im eGovernment besonders relevanten Schnittstelle zwischen Intermediären und Back-Office wird den gesetzlichen Datenschutzerfordernungen der informationeller Gewaltenteilung, Datensparsamkeit und Datenabschottung gezielt Rechnung getragen.